

XXIV. GP.-NR
Nr. 195 /Pet.
21. Feb. 2013



Frau
Präsidentin des Nationalrates
Mag^a Barbara Prammer

Parlament
1017 Wien

Telefon +43-1-40110-6672
Telefax +43-1-40110-6882
E-Mail wolfgang.pirkhuber@gruene.at
<http://www.pirkhuber.at>
Abg z NR DI Dr Wolfgang Pirkhuber
Sprecher für Landwirtschaft,
Lebensmittelsicherheit und Regionalpolitik

Wien, 21. Februar 2013

Betreff: Petition des Gemeinderates der Stadt Wels zum Thema „öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge“

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Gemäß § 100 Abs 1 GOG-NR überreiche ich die Petition des Gemeinderates der Stadt Wels zum Thema „öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge“ mit dem Ersuchen um geschäftsordnungsmäßige Behandlung.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Pirkhuber

Der Bürgermeister der Stadt Wels



Nationalrat
z. H. Frau Präsidentin
Mag.^a Barbara Prammer
Dr-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

Wels, am 31.1.2013

037-2013 Bürgermeisterschreiben II.doc

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Der Gemeinderat der Stadt Wels hat in seiner Sitzung am 28.1.2013 einstimmig beiliegende Resolution beschlossen.

Ich ersuche Sie – sehr geehrte Frau Präsidentin – die Resolution dem Nationalrat vorzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Peter Köits

Beilage erwähnt

DI-Verf-037-2013

Die Stadt voller Impulse:

4600 Wels, Rathaus, Stadtplatz 1, 2. Stock, Zimmer 206
T: 07242/235-3000, F: 64440, E-Mail: bgm@wels.gv.at
DVR : 0024724, <http://www.wels.gv.at/>

SPÖ Gemeinderatsfraktion
4600 Wels, Stadtplatz 1, Rathaus



Die Stadtpartei

Sozialdemokratische Partei | Stadtorganisation Wels

~~Donnerstag, 10. Jänner 2013~~

INITIATIVANTRAG

Die Sozialdemokratische Fraktion stellt gemäß § 6 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wels den Antrag:

Der Gemeinderat der Stadt Wels möge deshalb folgende Resolution zur Weiterleitung an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den österreichischen Nationalrat und den oberösterreichischen Landtag beschließen.

Resolution:

Die Europäische Kommission versucht mittels zweier Richtlinien, über das öffentliche Vergabewesen und über die Konzessionen, bisher öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge dem privaten Markt zu öffnen und so Privatisierungen der Wasserversorgung im großen Stil vorzubereiten.

Der Gemeinderat der Stadt Wels spricht sich gegen die oben dargestellten Vorhaben aus und fordert daher die zuständigen Gremien der Europäischen Union auf, die explizite Ausnahme von öffentlichen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, so auch der Wasserversorgung, in die entsprechenden Richtlinien aufzunehmen.

Begründung:

Wasser ist ein Allgemeingut und dient als Grundlage unseres Lebens. Die Wasserversorgung ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Als Grundstoff für das Überleben der Menschheit und der Umwelt ist Wasser damit unverzichtbar. Derartige Lebensgrundlagen eignen sich nicht, um sie wirtschaftlichen Marktmechanismen auszuliefern. Und sie darf daher nicht von Finanzmärkten und Spekulanten abhängig gemacht werden. Das Wasser muss deshalb in der alleinigen demokratisch legitimierten Kontrolle der BürgerInnen und Bürger bleiben.

SPÖ Gemeinderatsfraktion
4600 Wels, Stadtplatz 1, Rathaus



Sozialdemokratische Partei | Stadtorganisation Wels

In verschiedenen europäischen Großstädten (Hamburg, London, ...) werden mittlerweile die Privatisierungen, welche in den 90iger Jahren umgesetzt wurden, unter erheblichem finanziellem Aufwand rückgängig gemacht. Dies vor allem weil die Versorgungssicherheit aber auch die Qualität des Wassers nicht den erwarteten Standards entspricht.

Auch in Wels hat sich in den vergangenen Jahren die lokale Wasserversorgung unter Mitwirkung der öffentlichen Hand als zuverlässiger und vernünftiger Weg für eine einwandfreie und zufriedenstellende Erbringung dieser Dienstleistung erwiesen. Eine Beschäftigung der Europäischen Union mit den Richtlinien in diesem Punkt ist daher überflüssig und widerspricht dem Subsidiaritätsprinzip.

Berichterstatter: GR Stefan Ganzert

Für die sozialdemokratische Fraktion: